

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 83 (2003)

Heft: 8-9

Artikel: Schweiz und EU : bilateraler Weg mit Stolpersteinen : nüchterne Information statt Fundamentalopposition

Autor: Pfister, Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166907>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz und EU: Bilateraler Weg mit Stolpersteinen

Nüchterne Information statt Fundamentalopposition

Ulrich Pfister

Während die Europäische Union bisher planmäßig ihre Osterweiterung vorantreibt und gleichzeitig mit etwelchen Mühen an einer Verfassung arbeitet, hat sich die Schweiz zunehmend auf die Strategie bilateraler Verhandlungen zurückgezogen. Die Beitragsfrage ist praktisch eingemottet worden, was auch das politische Klima wesentlich entkrampft hat. Nur die SVP wittert überall Gespenster von EU-Turbos und droht deswegen mit Fundamentalopposition selbst gegen pragmatische Schritte, die den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes dienen. Sukkurs könnten sie paradoxe Weise am ehesten noch bei der auf dem Papier beitrittsfreudigen Linken finden, die mit unmässigen gewerkschaftlichen Forderungen jede auch nur den Anschein von Liberalisierung erweckende Öffnung hintertriebt.

Auch der bilaterale Prozess erweist sich indessen als ziemlich holperiger Weg. Die Verhandlungen über das zweite Paket haben länger gedauert als vorgesehen, und vorderhand ist von den drei schwierigen Dossiers erst die Zinsbesteuerung vorläufig ans Ziel gelangt. Hier kam der Druck von Seiten der EU, unter deren Mitgliedern es ebenfalls Widerstände gegenüber einem automatischen Informationsaustausch gab, die mit der Nötigung von Drittländern zur Teilnahme hätten überwunden werden sollen. Die Schweiz, die im Mittelpunkt dieser Operation stand, hat erfolgreich widerstanden und mit ihrem Angebot eines Zinsrückbehalts zugunsten der EU-Mitglieder das Bankgeheimnis schützen können. Für die das Bankgeheimnis ebenfalls tangierenden Bestimmungen der Abkommen über die Betrugsbekämpfung und Schengen/Dublin sind freilich noch keine akzeptablen Lösungen gefunden worden. Und damit ist das ganze Verhandlungspaket noch nicht fertig geschnürt.

Wie es nach einer Einigung mit der EU innenpolitisch weitergehen würde, ist noch ungewiss. Will man die verschiedenen Abkommen ebenso wie in den Verhandlungen auch im Parlament und

voraussichtlich in einem Referendum als Paket durchbringen, droht Ungemach - zumal die Zeit drängt und noch im Wahljahr gestartet werden müsste. Stolperstein könnte ausgerechnet der von der Schweiz geforderte Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin sein, da den sehr nützlichen Vorteilen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Asylmissbrauchs zum Teil irrationale Ängste gegenüberstehen. Das Zinsbesteuerungsabkommen dürfte eher akzeptabel sein, weil es den Dauerdisput über das Bankgeheimnis vorläufig beendet. Die Frage stellt sich somit, ob die Abkommen nicht doch besser getrennt behandelt werden sollten.

Als psychologisch heikel dürfte sich im weiteren das Verlangen der EU nach einer Beteiligung der Schweiz an der Finanzierung der notwendigen Strukturanpassungshilfen sein. Immerhin kann die Schweiz darauf verweisen, dass sie seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in eigener Verantwortung beträchtliche Unterstützungsleistungen an die Ostländer erbracht hat.

Wenn die Schweiz aus durchaus nachvollziehbaren Gründen und aus realistischer Einschätzung des politischen Willens derzeit auf eine weitergehende Integration in die Europäische Union verzichtet, so wird sie doch in ihrem ureigenen wirtschaftlichen und politischen Interesse den steinigen bilateralen Weg mit Bedacht und Konsequenz weiter gehen müssen. Die komplexen Zusammenhänge im aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Umfeld zu erkennen, ist nicht einfach und nicht telegen. Umso wichtiger ist eine beharrliche, nüchterne Informationsarbeit, die der Versuchung zu emotional aufgeheizten Kampagnen aus dem Wege geht. Denn darin liegen die grössten Stolpersteine! ■